

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 42 (1950)
Heft: 2

Artikel: Labours sozialpolitische Bilanz
Autor: Bieligg, K.F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353430>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

erhöhungen gegenüber der gleichen Zeit vor Inkrafttreten des Abkommens. So konnte die Arbeiterschaft eine *reale* Verbesserung ihrer ökonomischen Lage erreichen.

Das Stabilisierungsabkommen hat sich auch in *sozialer* Beziehung günstig ausgewirkt, weil Lohnerhöhungen ohne wesentliche soziale Konflikte realisiert werden konnten. Im Sinne der Entspannung sozialer Gegensätze dürfte ebenfalls gewirkt haben, dass dank der Einflussnahme des Ausschusses grössere Störungen in der Wirtschaft verhindert wurden. Dazu kommt aber noch die *staatspolitische Bedeutung* der ganzen Aktion, haben doch die günstigen Auswirkungen der Tätigkeit des Ausschusses dem Land eine ruhige politische Entwicklung gesichert.

Trotzdem es zur erfolgreichen Durchführung des Abkommens der staatlichen Unterstützung bedurfte, wurde das Ziel nicht auf dem Wege *staatlichen Zwanges*, sondern durch *freiwillige Unterordnung* der Wirtschaftsgruppen unter das Gesamtinteresse erreicht. Die Wirtschaftsverbände unseres Landes haben sich damit als Ordnungsmacht erwiesen, die dem Staat eine Aufgabe abnahmen, die dieser selber in einer Zeit zunehmender Opposition gegen staatliche Interventionen nicht so gut hätte erfüllen können. Die Stabilisierung der Preise und Löhne in den Jahren 1948 und 1949 ist das Werk der Wirtschaftsorganisationen und als solches der Ausdruck ihrer politischen Reife und wirtschaftlichen Einsicht. Sie ist eine *typisch schweizerische Lösung*, aufgebaut auf freiwilliger Grundlage und durchgeführt nach dem Grundsatz der Ordnung in der Freiheit.

Dr. Edmund Wyss.

Labours sozialpolitische Bilanz

Der nachstehende Artikel ist geschrieben worden, bevor die Neuwahlen für das englische Parlament festgelegt waren. Sie finden nun bekanntlich noch in diesem Monat statt. Der Artikel wird deshalb nur noch vermehrtes Interesse finden. *Redaktion « Rundschau ».*

Die ersten fünf Jahre der englischen Arbeiterregierung nähern sich ihrem Ende. Das Unterhaus, in das im Sommer 1945 eine starke Mehrheit von Arbeiterabgeordneten einzog, muss neu gewählt werden. Wird es dem englischen Volke zum zweitenmal gelingen, mit dem Mittel des demokratischen Wahlrechts die politische Macht zu gewinnen?

Die Arbeiterpartei und der britische Gewerkschaftsbund (TUC) haben in den letzten vier Jahren viele Beweise des ausserordentlich regen Interesses bekommen, das der historische Sieg vom Juli 1945 unter der Arbeiterschaft in anderen Ländern ausgelöst hat. Mit grösster Anteilnahme sind die Gewerkschafter, Sozialisten und Demokraten Europas dem Fortschreiten des Experimentes gefolgt.

Dieses Experiment bestand in der unverzüglichen Inangriffnahme der radikalen wirtschaftlichen und sozialen Reformen, die den Wählern im Wahlprogramm versprochen worden waren. Die Arbeiterpartei und ihre neue Regierung zögerte keinen Augenblick, den gewonnenen politischen Sieg für den sozialen Umbau und Neubau des Staates auszunützen. Reformen, von denen die meisten seit vierzig, fünfzig Jahren und noch länger den ersten Platz unter den Forderungen der Kongresse des TUC und der Labour-Party-Konferenzen eingenommen hatten: das Recht auf Arbeit, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, staatliche Unfall- und Krankenversicherung, Alters- und Witwenpensionen, Mutter- und Kinderschutz. Einige dieser Forderungen sind schon 300 Jahre alt; in der bürgerlichen Revolution Englands im 17. Jahrhundert sind sie bereits von den Levellers* erhoben worden.

Millionen Arbeiter, die zu dem Erfolg beigetragen hatten, waren im Sommer 1945 von Jubel und Enthusiasmus erfüllt. Der Durchbruch hatte ihre Klasse an die Macht gebracht. Nichts würde das Parlament mit seiner starken Arbeitermehrheit — 395 gegen 245 — hindern können, auf gesetzlichem Wege die entscheidenden Massnahmen für den Aufbau des Sozialismus zu ergreifen. Sie waren nicht so sehr darauf bedacht, die finanziellen Opfer Englands während des Krieges und die wirtschaftlichen und anderen materiellen Kriegsschäden ihres Landes genauer abzuschätzen. Aber auf diese gewaltigen Verluste und auf die Schwierigkeiten, die sich aus ihnen während der ersten Nachkriegsjahre ergeben mussten, baute die geschlagene Herrenklasse ihre Hoffnungen auf. Sie wählte sie so ernst, dass sie es für nahezu sicher ansah, die Arbeiterregierung werde so grosse Sorgen haben, dass sie die notwendige Zeit und Kraft für die Verwirklichung ihrer, wie sie meinte utopischen, Pläne nicht werde aufbringen können. Aber unter dem Elan, mit dem die Regierung Attlee das Parlament zu positiver Arbeit nicht nur antrieb, sondern auch für vier Jahre lang anhielt, brachen diese Hoffnungen bald zusammen.

« Old » England — kein sozialpolitischer Pionier

England gehörte vor dem Zweiten Weltkrieg nicht zu den Ländern mit einer hochentwickelten sozialpolitischen Gesetzgebung. Wohl hatte es schon vor mehr als hundert Jahren den Zehnstunden-Arbeitstag für gewisse Arbeiter der Industrie eingeführt; aber mit seiner sozialen und seiner Arbeiterschutzgesetzgebung blieb es später hinter anderen Staaten zurück. Sein Poor Law — Armengesetz —

* Levellers = Gleichmacher; radikaler Flügel des englischen Puritanismus der Zeit Cromwells, mit republikanischer und sozialistischer Tendenz. Die Anschauungen der Levellers wurden später von den Quäkern zum Teil übernommen.

das von der Mitte des vorigen Jahrhunderts ab länger als ein Jahrhundert in Kraft blieb, war ein zynischer Hohn gegen die sozial Schwächsten in der Gesellschaft. Als 1893 der Bergarbeiterabgeordnete *Keir Hardie* im Unterhaus zum erstenmal das Verlangen nach einer Sicherung der Arbeitsplätze für die Arbeiter und für Unterstützung für die Arbeitslosen aussprach, wurde sein Verlangen vom Parlament glatt überhört. Erst mehrere Jahre später wurde ein völlig ungenügendes Arbeiter-Unfallversicherungsgesetz geschaffen, das neun Jahre später erweitert und etwas verbessert wurde. Dieser Fortschritt war in erster Linie dem vierzigjährigen Kampf der Gewerkschaften zu danken und der Tatsache, dass im Jahre 1906 die Arbeiterpartei zum erstenmal eine beachtliche Zahl von Abgeordneten ins Parlament entsenden konnte.

Dieser gemeinsamen Initiative von Gewerkschaften und Partei gelang es in den folgenden Jahren, die liberale Regierung jener Zeit zu weiteren sozialpolitischen Konzessionen zu bewegen. Ein Gesetz über die Alterspensionen, über die staatliche Krankenversicherung mit Beiträgen von Arbeitern, Arbeitgebern und Staat und ein Arbeitslosen-Versicherungsgesetz, das jedoch nur die Arbeiter von wenigen Berufen erfasste, wurden geschaffen. Es ist später ergänzt worden. In den Jahren der langandauernden Massenarbeitslosigkeit erwies es sich aber als völlig unzulänglich, und Millionen von « ausgesteuerten » Arbeitslosen bekamen die ganzen Schikanen des Armengesetzes zu spüren. Erst kurz vor dem Zweiten Weltkrieg wurde ein Arbeitslosenunterstützungsamt errichtet und die Arbeitslosen aus der Armenunterstützung herausgenommen. Aber gerade in den schweren Krisenjahren bewiesen die konservativen Regierungen, dass sie die Arbeitslosen nicht viel besser als gewöhnliche Verbrecher betrachteten, wie sie es ja auch mit den armen Schwachen, die sich nicht selbst erhalten konnten, taten.

Die Ablehnung einer umfassenden sozialen Gesetzgebung durch die bürgerliche Mehrheit des englischen Parlaments war es, die der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft immer klarer die Notwendigkeit der stärksten parlamentarischen Vertretung vor Augen führte.

Eine friedliche Revolution

Die Arbeiterpartei hatte schon in der Koalitionsregierung, der sie während des Krieges angehörte, auf die Vorbereitung einer umfassenden Sozialgesetzgebung nach Abschluss des Krieges gedrängt. Eine von der Regierung ernannte Kommission veröffentlichte 1943 einen umfangreichen Bericht mit Vorschlägen, von denen manche in die folgende Sozialgesetzgebung der Arbeiterregierung aufgenommen wurden. Die ganze Arbeit dieser Kommission wäre sicher ohne entscheidende Ergebnisse geblieben, wenn nicht die Wähler die Arbeiterpartei an die Macht gebracht hätten. Die Kon-

servativen jedenfalls zeigten keine Eile, entsprechende Gesetze vorzubereiten, und haben später gegen einige dieser sozialen Gesetze heftigen Widerstand geleistet.

Das grosse soziale Versicherungswerk besteht aus sechs Gesetzen: Die staatliche Sozialversicherung: industrielle Unfall- und Krankheitsversicherung; Gesundheitsdienst; Wohlfahrtsunterstützung und Kinderbeihilfe. Es gibt jedem britischen Bürger Sicherheit und gewährt ihm und seiner Familie einen Minimal-Lebensstandard, was auch kommen mag. Auf der Grundlage der Vollbeschäftigung verbannt das beste Versicherungssystem der Welt Elend und Not aus dem Leben des arbeitenden Volkes. Mehr als 30 Millionen Menschen von den 48 Millionen Bewohnern des Inselreiches wurden sofort in die staatliche Sozialversicherung einbezogen; Kinder werden erst nach der Entlassung aus der Schule aufgenommen. Alle Versicherten haben einen wöchentlichen Beitrag zu leisten, und es wird ihnen dafür Krankenunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Unfallunterstützung, Unterstützung im Fall der Arbeitsunfähigkeit und eine Alterspension gewährt. Ausserdem gibt es Witwen- und Waisenunterstützung, Beihilfen für Geburten und Mutterschaftsunterstützung. Der normale Unterstützungssatz ist wöchentlich sFr. 15.80, dazu für erwachsene Familienangehörige 9 sFr. und für das Kind sFr. 4.64, so dass eine Familie eine wöchentliche Durchschnittsunterstützung von über 30 sFr. erhält. Die Arbeitsunfallunterstützung beträgt das doppelte. Ausserdem werden zusätzliche Unterstützungen für Wohnungsmiete usw. gewährt. Für die Geburt eines Kindes bekommt die Mutter insgesamt 326 sFr. als Beihilfe und Unterstützung. Jede Mutter bekommt für jedes Kind, mit Ausnahme des ersten, eine wöchentliche Unterstützung von sFr. 3.05.

Der staatliche Gesundheitsdienst, für den keinerlei Versicherungsbeitrag zu leisten ist, kann von allen Personen, die in England leben, also auch von Ausländern, völlig kostenlos in Anspruch genommen werden. Nur für die Ausstellung von Medikamentenrezepten ist ein geringes Entgelt, bis 60 Rappen, zu bezahlen. Er erstreckt sich auf ärztlichen Rat, ärztliche Behandlung, Medikamente, Zahnbehandlung, Hospital und Spezialistenbehandlung, Lieferung von Augengläsern, Instrumenten gegen Taubheit, künstliche Zähne und Glieder, Hausbesuche des Arztes, Pflege im Heim, Impfung usw. Jede Person hat ihren Arzt, bei dem sie eingetragen ist, ohne dass ihr irgendwelche Kosten entstehen. Es gibt in England keine Apotheker- und keine Doktorrechnungen mehr. Das Blatt der englischen Gewerkschaften, « Daily Herald », schrieb von dem sozialen Versicherungswerk als von « zwei friedlichen Revolutionen, die in ihren Auswirkungen weitreichend für die Gesundheit und das Glück des Volkes sein werden. Jedem Bürger wird von der Wiege bis zum Grabe vom Staate Schutz gegen Not und Elend gegeben ».

Die Leistungen des Staates für soziale Sicherheit, die in den

Versicherungsgesetzen und dem Gesundheitsdienst festgelegt sind, werden weiter ergänzt durch die staatlichen Zuschüsse zu den rationierten Lebensmitteln. Diese Zuschüsse erreichen jährlich die Höhe von über 400 Millionen Pfund Sterling, also etwa nicht ganz 5000 Millionen sFr. Rationierung und Zuschüsse sichern auch Familien mit niederem Einkommen ihren Anteil an den unentbehrlichen Nahrungsmitteln, der ihnen vor dem Kriege keinesfalls sicher war.

Der gesamte staatliche Kostenaufwand für den sozialen Dienst einschliesslich der Nahrungsmittelzuschüsse erreicht jährlich knapp 1000 Millionen Pfund Sterling. Das ist etwa ein Zehntel des englischen Volkseinkommens. Also bei weitem kein untragbarer Aufwand; um so weniger, wenn man die Auswirkungen auf die Volksgesundheit berücksichtigt. Die Gesundheitsstatistiken berichten laufend eine günstige Entwicklung, und die Kinder- und Säuglingssterblichkeit hat im dritten Quartal 1949 wieder einen Tiefstandsrekord erreicht. Dennoch werden die staatlichen Ausgaben für den sozialen Dienst von den Unternehmern und von den politischen Gegnern der Arbeiterpartei fortgesetzt heftig kritisiert und ihre Kürzung verlangt, während die Verteidigungsausgaben, die fast die gleiche Höhe erreichen, von ihnen kaum erwähnt werden.

Arbeit für alle

Das Fundament des Systems der sozialen Sicherheit ist die Vollbeschäftigung. Nachdem es der Arbeiterregierung zur Ueberaschung vieler gelungen war, die Demobilisierung von nahezu 6 Millionen Heeresangehörigen planmässig durchzuführen und ihnen in der Wirtschaft Beschäftigung zu geben, war es bis jetzt möglich, eine wirkliche Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Seit Jahren bewegt sich die Ziffer der Arbeitslosen zwischen 250 000 bis 350 000. Das sind weniger als 1½ Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung, während sie in den Vereinigten Staaten 7 bis 8 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung umfasst. Es gibt so gut wie keine « Krisen-distrikte », an denen England in den zwanziger und dreissiger Jahren so reich war. Die geringe Arbeitslosigkeit, die vorhanden ist, verteilt sich nicht gleichmässig über das ganze Land. Aber die Regierung hat in den letzten Jahren in den am meisten bedrohten Bezirken viele neue Fabriken errichtet und damit Arbeitsmöglichkeiten für die früheren Arbeitslosen geschaffen. Die Arbeiterregierung hat sich auf eine Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung festgelegt, und sie ist entschlossen, sie unter Auswertung aller Kraftquellen des Landes aufrechtzuerhalten.

Obwohl die günstigen Auswirkungen für die Wirtschaft und das soziale Leben Englands unbestreitbar sind, so wird die Vollbeschäftigung von den kapitalistischen Schichten doch als ein höchst un-

angenehmer Zustand empfunden. Sie erklären, dass sie die Bewegungsfreiheit des Unternehmertums einschränkt, dass sie aus Furcht vor Mangel an Arbeitskräften zur unwirtschaftlichen Beschäftigung von Arbeitern führe und dass auch die Produktivität ungünstig beeinflusst werde. Kurz, sie befürworten eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer auf einen « Normalstand », der nach ihrer Meinung etwa bei 5—7½ Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung liege. Das heisst also, statt 300 000 soll es etwa 1 500 000 Arbeitslose geben. Von der Regierung wird verlangt, dass sie ihre wirtschaftliche Planung entsprechend umstellt, damit diese « normale Arbeitslosigkeit » Wirklichkeit wird. Trotz aller Angriffe hat sich die Arbeiterregierung von ihrem Grundsatz nicht abdrängen lassen, weil sie in der Erzeugung einer Massenarbeitslosigkeit die Zerstörung ihres sozialen Sicherheitssystems erblickt. Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass eine dauernde Arbeitslosigkeit von anderthalb Millionen Menschen und mehr den Abbau, ja wahrscheinlich sogar den Zusammenbruch des gesamten sozialen Dienstes nach sich ziehen würde.

Die Vollbeschäftigung und der Kampf der Gewerkschaften haben auch die Entwicklung der Arbeitslöhne begünstigt. Der durchschnittliche Wochenlohn eines erwachsenen Industriearbeiters ist zurzeit etwa doppelt so hoch als vor dem Krieg. Ein beträchtlicher Teil dieser Erhöhung wird durch die gegenüber der Vorkriegszeit eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung absorbiert. Dennoch ergibt sich bei voller Berücksichtigung dieses Faktors eine Steigerung des Reallohnes, deren untere Grenze etwa durchschnittlich 8—10 Prozent betragen mag, die aber für erhebliche Schichten von Arbeitern noch grösser ist.

Soziale Gesichtspunkte bestimmten auch die Steuerpolitik, die die direkten Steuern für die unteren Einkommen ermässigte, während sie sie für die grossen Einkommen beträchtlich erhöhte. Mehr als 3 Millionen Männer und Frauen mit niedrigem Einkommen wurden durch die Steuergesetzgebung der Arbeiterregierung gänzlich steuerfrei erklärt. Für weitere Millionen, darunter für einen grossen Teil von Angehörigen der Mittelklasse, wurden die Steuern erheblich herabgesetzt. Die Ziffern der Einkommenssteuerstatistik illustrieren gleichzeitig auch die Erfolge der Gewerkschaften in ihrem Kampfe für die Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiterklasse. Berichten sie doch, dass die Zahl der Personen, die nach dem Abzug der Steuer ein Nettoeinkommen von mehr als 3 Pfund Sterling in der Woche haben, sich mehr als verdoppelt hat, während die Zahl derjenigen mit einem Wocheneinkommen von 5 bis 10 Pfund eine Verdreifachung verzeichnet. Das rechtfertigt den Schluss, dass die Zeit der Hungerlöhne, die noch in den dreissiger Jahren Hunderttausende von Arbeiterfamilien zum Hinvegetieren verurteilte, vorüber ist.

Der Fall des Antigewerkschaftsgesetzes

Zu den hervorragenden Erfolgen der Arbeiterregierung auf sozialpolitischem Gebiet gehört auch die Beseitigung des Antigewerkschaftsgesetzes. Eine konservative Regierung hatte es nach dem Generalstreik des Jahres 1926 beschliessen lassen. Es schränkte die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften entscheidend ein. Den Staatsbeamten wurde die Zugehörigkeit zum TUC überhaupt verboten, und die politischen Aufwendungen der Gewerkschaften, die bis dahin gesetzlich zulässig waren, wurden beschränkt und unter strengere Kontrolle gestellt. Die Gewerkschaften durften, auch wenn die Mehrheit der Mitglieder die Unterstützung einer politischen Partei beschlossen hatte, von ihren Mitgliedern einen politischen Beitrag nicht verlangen, wenn das einzelne Mitglied nicht seine schriftliche Bereitschaft dazu erklärt hatte. Das hatte eine zahlenmässige und materielle Schwächung der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei zur Folge. Ausserdem wurden Streiks für angeblich politische Zwecke verboten. Was darunter zu verstehen war, das illustriert am besten der Fall, der als Anlass für das Gesetz genommen wurde, nämlich der Generalstreik des Jahres 1926. Obwohl dieser Streik nur zur Unterstützung der Bergarbeiter in ihrem Abwehrkampf gegen ein brutales Diktat der Kohlenkapitalisten erklärt worden war, wurde er von der konservativen Regierung zu einem politischen Streik gestempelt. Das Antigewerkschaftsgesetz machte so künftig jeden Solidaritätsstreik zu einem ungesetzlichen Streik. Durch ein neues Gesetz der Arbeiterregierung wurde es ausser Kraft gesetzt und im wesentlichen der frühere Zustand wiederhergestellt.

*

So ist die sozialpolitische Bilanz der ersten Arbeiterregierung mit einer festen Mehrheit im Parlament im höchsten Masse positiv für die Arbeiterschaft. Sie gibt die Garantie, dass Millionen Wähler heute mehr von der Notwendigkeit politischer Aktivität überzeugt sind als je zuvor. Es hat in England länger als in manchen anderen Ländern gedauert, ehe die Arbeiterklasse den Weg zur politischen Selbständigkeit fand. Dass sie ihn schliesslich auch in England beschritt, daran haben die Gewerkschaften ein grosses Verdienst. Denn die Arbeiterpartei ist in hervorragendem Masse durch ihre Mithilfe ins Leben gerufen worden. Der Gewerkschaftskongress von 1899 fasste den Beschluss, ein gemeinsames Komitee zu einer selbständigen Vertretung im Parlament zu gründen, und dieser Beschluss war es, der dann im nächsten Jahre eine Konferenz von Gewerkschaftern und Vertretern kleiner sozialistischer Organisationen zur Gründung der Arbeiterpartei zusammenführte. Die sozialpolitische Ernte, die die erste Arbeiterregierung hinterlässt, ist jener Saat zu verdanken.

K. F. Bieligh, London.